



Diskutierten über das Thema Rechtsfrieden: SPD-Stadtverbandsvorsitzender Olaf Winkelmann (v.l.), Landtagsabgeordnete Inge Howe, die Hiller SPD-Gemeindeverbandsvorsitzende Ulrike Grannemann und NRW-Justizminister Thomas Kutschaty.

FOTO: LISA DRÖGEMEIER

# „Besser schwitzen als sitzen“

SPD diskutiert mit Justizminister Thomas Kutschaty über Kriminalität und Recht

VON LISA DRÖGEMEIER

■ Bad Oeynhausen. „Wie können wir den Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft sichern und Gerechtigkeit durchsetzen?“ Zu diesem Thema diskutieren der SPD-Stadtverband Bad Oeynhausen und der SPD-Gemeindeverband Hille gestern Abend im Werster Sielhof. Mit dabei, NRW-Justizminister Thomas Kutschaty, der einen Einblick in die aktuelle justizpolitische Debatte gab.

Doch was ist eigentlich Rechtsfrieden? NRW-Justizminister Thomas Kutschaty verband mit Rechtsfrieden zunächst den Zugang zum Recht. Der müsse für alle Menschen in NRW gewahrt bleiben, und zwar unabhängig vom Geldbeutel. „Die unabhängige Justiz in Deutschland ist ein hohes Rechtsgut“, erklärte Kutschaty. In der Justiz sei NRW insge-

samt gut aufgestellt. Mit dem elektronischen Grundbuch und Handelsregister, die europaweit vernetzt werden sollen, nimmt Nordrhein-Westfalen sogar eine Vorreiterrolle ein. Rechtsfrieden herzustellen sei auch bei rechtlichen Betreuungsverfahren, die sich innerhalb der letzten 15 Jahre verdoppelt haben, schwierig.

Da der Betreuer und die zu betreuende Person im Vorfeld meist keinen Kontakt hatten, kann ein Betreuer nicht genau feststellen, wie die Person für sich selbst entschieden hätte. Ursache für ein rechtliches Betreuungsverfahren, können zum Beispiel Altersdemenz-Erkrankungen sein, aber auch psychische Erkrankungen, von denen immer mehr junge Menschen betroffen sind.

Verfahren, die den Steuerzahler in NRW im Jahr 170 Millionen Euro kosten und mit 10 Millionen pro Jahr stetig ansteigen.

Mit der rechtzeitigen Vereinbarung einer Vorsorgevollmacht können solche Verfahren vermieden werden und zum Rechtsfrieden beitragen.

In seinem Referat bezog sich Thomas Kutschaty auch auf das Thema Jugendkriminalität. „Die Forderung nach Straferweiterung bringt uns nicht in die richtige Richtung“, erklärte Kutschaty. Richter hätten genug Möglichkeiten, um Jugendliche zu sanktionieren.

Darüber hinaus äußerte er sich auch zur Tätergruppe. 95 Prozent der jugendlichen Täter seien junge Männer, ohne oder nur mit einem schlechten Schulabschluss und ohne berufliche Perspektive. „Nichts ist schlimmer für die Jugendlichen, als das die Gesellschaft nach Ende der Schulausbildung sagt: Wir brauchen dich nicht.“

„In der Justiz und im Gesundheitswesen muss immer erst etwas passieren, um die Kosten

nachher zu tragen“, kritisierte SPD-Landtagsabgeordnete Inge Howe die derzeitige Situation. Um den Rechtsfrieden sichern zu können, müsse mehr in die Prävention investiert werden.

Ein Gefangener im Vollzug kostet am Tag 107,05 Euro. Von den 18.000 Häftlingen in ganz NRW sitzen allein 1.000 Menschen in Haft, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlt haben. „Das können wir uns zukünftig nicht mehr erlauben.“ Deshalb könnten diese Inhaftierten vereinzelt gemeinnützige Arbeit verrichten, also „schwitzen statt sitzen“.

Auch würden neue Methoden erprobt, um diese Geldstrafen einzutreiben. „Ein Anruf bei der Oma, reicht da oft schon“, berichtete Kutschaty, der sich auch zu den Themen Opferchutz und Sicherungsverwahrung äußerte und von der Erprobung der elektronischen Fußfessel in NRW berichtete.